



PRESSEMITTEILUNG

Nr.101/GP

01.05.2021

Holetschek fordert vom Bund stärkeres Engagement bei Corona-Langzeitfolgen - Bayerns Gesundheitsminister: Behandlung wird uns über die Pandemie hinaus beschäftigen - Post-COVID-Ambulanzen in den bayerischen Unikliniken

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat den Bund aufgerufen, Kliniken, Ärzte und Reha-Einrichtungen stärker bei der Behandlung von Corona-Langzeitfolgen zu unterstützen. Holetschek sagte am Sonntag: „Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um auch über die akute Pandemie hinaus gerüstet zu sein. Denn wir dürfen die Langzeitfolgen einer COVID-19-Erkrankung nicht unterschätzen. Klar ist schon jetzt: Corona wird uns noch lange beschäftigen. Auch wenn in einigen Monaten ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger geimpft sein wird und die Infektionszahlen spürbar sinken dürften, müssen wir eine adäquate Behandlung für Menschen mit dem sogenannten Post-COVID-Syndrom anbieten. Hier sind Bund und Länder gleichermaßen gefordert.“

Als „Post-COVID-Syndrom“ oder „Long COVID“ werden langanhaltende Krankheitssymptome bezeichnet, die nach einer akuten COVID-19-Erkrankung auftreten. Experten berichten zunehmend von Betroffenen, die oft zuvor nur einen milden Krankheitsverlauf hatten.

Zu den möglichen Spätfolgen von einer COVID-19-Infektion gehören Lungenfunktionsstörungen, Herzbeschwerden, geringere Leistungsfähigkeit, Schmerzen, Fatigue und Erschöpfungszustände sowie psychische Beschwerden wie Depressionen oder Angstzustände. Belastbare Zahlen zu Betroffenen liegen bislang nicht vor. Fachleute schätzen, dass etwa zehn Prozent aller Infizierten mit Langzeitfolgen zu kämpfen haben dürften. Das entspräche in Bayern aktuell rund 60.000 Menschen. Die Dunkelziffer könnte noch höher liegen.

Holetschek erläuterte: „Wir haben es mit einem neuen Krankheitsbild zu tun, das sich in verschiedenen Formen zeigt und über das wir insgesamt noch zu wenig wissen. Aber klar ist, dass wir das nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfen. Denn die Symptome von ‚Long-COVID‘ können massive Auswirkungen auf den Alltag, die Lebensqualität und das Berufsleben der Betroffenen haben. Deswegen müssen wir unbedingt eine fundierte COVID-Nachsorge und Rehabilitation etablieren.“

Minister Holetschek hat deswegen bereits im Januar einen Runden Tisch



einberufen, aus dem eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe entstanden ist. Daran beteiligen sich Leistungserbringer, Kostenträger, Wissenschaft, Verwaltung und Betroffene. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Betroffenen einen schnellen Zugang zu Rehabilitation und Nachsorge zu ermöglichen, um chronische Erkrankungen zu vermeiden.

Die bayerischen Universitätskliniken in München, Erlangen-Nürnberg, Würzburg und Regensburg haben bereits Post-COVID-Ambulanzen eingerichtet. Die Uniklinik Augsburg baut eine solche gerade auf.

Holetschek ergänzte: „Das ist ein wichtiges Angebot. Als nächsten Schritt müssen wir das System in der Fläche ausweiten. Dazu stehen wir im Austausch mit den Ärzten, um niedergelassene Haus- und Fachärzte für das Thema ‚Long-COVID‘ zu sensibilisieren.“ In einer abgestuften Versorgung sind die niedergelassenen Ärzte die ersten Ansprechpartner für Betroffene, die je nach Ausprägung der Beschwerden aber auch eine spezialisierte und interdisziplinäre medizinische Betreuung benötigen.

Der Minister ergänzte: „Zudem sollten wir die Reha-Einrichtungen einbinden und für die Behandlung von ‚Long-COVID‘-Patienten stärken. Bayern ist Reha-Land Nummer 1 in Deutschland. Wir haben mehr als 31.000 Reha-Betten in rund 280 Einrichtungen im Freistaat. Wir werden prüfen, wie wir die Einrichtungen bei der Behandlung von Corona-Langzeitfolgen unterstützen können. Vor allem die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen der Finanzierung müssen nachgebessert werden, wenn Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Reha-Einrichtungen zu keinen tragfähigen Ergebnissen führen sollten.“